Vorbericht

I. Allgemeines

Nach § 15 des Eigenbetriebsgesetzes ist ein Wirtschaftsplan zu ändern, wenn sich im Laufe des Wirtschaftsjahres zeigt, dass trotz Ausnutzung von Sparmöglichkeiten

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird,
2. zum Ausgleich des Vermögensplans höhere Zuschüsse der Gemeinde oder höhere Kredite erforderlich werden,
3. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen,
4. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird; dies gilt nicht für eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften.

Beim vorliegenden Nachtrag liegt keine der o.g. Bedingungen vor. Die erhebliche Verschlechterung des Jahresergebnisses wird erst ab einer Abweichung von 5 % gesehen.

Dennoch schlägt die Verwaltung einen Nachtrag für vor. Es müssen im Vermögensplan noch weitere Maßnahmen eingeplant werden. Es ist keine weitere Erhöhung der Kreditermächtigung erforderlich.

II. Erläuterungen zu den wesentlichen Änderungen des Vermögensplans

Im Vermögensplan sind die Einnahmen und Ausgaben ausgewiesen, die sich auf die Bilanz auswirken.

a) Einnahmen

Auf der Einnahmenseite standen bisher 3.678.200 Euro zu Verfügung, die im Wesentlichen aus einer geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 2.500.000 Euro resultieren. Dieses Darlehen wurde zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht aufgenommen. Zudem wurden bisher aus erübrigten Mitteln aus Vorjahren („Rücklage“) 399.700 Euro zur Finanzierung eingeplant. Aufgrund der noch hinzu gekommenen Maßnahmen und auch der verschobenen Maßnahmen müssen aus den erübrigten Mitteln aus Vorjahren weitere 136.000 Euro finanziert werden. Damit stehen mit den Nachtragsplan nun 3.814.200 Euro zur Finanzierung zur Verfügung.

b) Ausgaben

Die genannten Finanzierungsmittel werden auf der Ausgabenseite zur Finanzierung der Investitionen, zur Auflösung der Ertragszuschüsse und zur Tilgung von Krediten verwendet.

Zur bisherigen Planung müssen voraussichtlich 136.000 Euro mehr investiert werden. Ein Teil von 160.000 Euro ist für Maßnahmen im Bereich der Kläranlage notwendig, die kapazitätsbedingt in den Jahren 2018 nicht mehr erledigt werden konnten. Zudem wird die Überdachung des Containerplatzes voraussichtlich deutlich teurer, bisher waren lediglich 100.000 Euro eingeplant, erforderlich werden rund 180.000 Euro, wobei diese Maßnahme 2019 vermutlich nicht mehr umgesetzt, sondern nur vergeben wird. Zur Vergabe ist jedoch eine Finanzierung notwendig. Zudem sind 30.000 Euro notwendig für einen Sickerschacht in der Imerstraße, der erforderlich ist, damit künftig die Reinigung der Sickerwasserleitung ordnungsgemäß durchgeführt werden kann. Im Gegenzug müssen zwei Maßnahmen auf das nächste Jahr verschoben werden.

Aulendorf, den

Matthias Burth
Bürgermeister